

Gottscheer Zeitung

Bezugspreise:

für Jugoslawien: ganzjährig 20 K., halbjährig 10 K.
für Österreich: ganzjährig 26 K., halbjährig 13 K.
für Amerika: 2.50 Doll. — Einzelne Nummern 70 h.

Gottschee, 1. Mai 1920.

Briefe ohne Unterschrift werden nicht berücksichtigt. — Zuschriften werden nicht zurückgestellt. — Berichte sind zu senden an die Schriftleitung. — Postsp.-Nr. 10.975. Anzeigen-Aufnahme u. -Berechnung in der Buchdruckerei.

Der Eisenbahnerstreik und seine Lehren.

Der Streik wird in der Regel als letztes und äußerstes Mittel der Bediensteten im Kampfe gegen die Ausbeutung und zur Durchsetzung von Forderungen angewendet. War dies bei dem nunmehr niedergeschlagenen Eisenbahnerstreik der Fall? Handelte es sich bloß um Lohnfragen, um Aufbesserung der Bezüge oder um eine Demonstration gegen die Teuerung? Nach der anfänglichen Anschauung des Publikums wurde der Streik bei uns hauptsächlich als eine Kundgebung gegen die Teuerung aufgefaßt, aber nur zu bald sollte es sich zeigen, daß sich die Sache in Wirklichkeit ganz anders verhielt. Nachdem der allgemeine Streik der Eisenbahner Jugoslawiens am 16. April eingesetzt hatte, schlossen sich ihm über Weisung des kommunistischen Streikausschusses in Laibach am 20. April auch die Bergarbeiter an. Auch die Arbeiter unseres Kohlenwerkes traten an diesem Tage in den Ausstand und es wurde die erste kommunistische Versammlung auf der Schulwiese abgehalten.

Am 21. April veranstaltete die Arbeiterschaft des hiesigen Kohlenwerkes unter Vorantragung einer roten Fahne einen Demonstrationzug durch die Stadt, an welchem ungefähr 500 Arbeiter, also etwa ein Drittel der Arbeiterschaft, teilnahm. Zwischenfälle kamen dabei keine vor, aber bezeichnend war es, daß man Zivis- und Hochrufe auf Lenin, Marx und die Republik vernahm — ein sprechender Beweis dafür, daß es sich diesmal nicht um einen gewöhnlichen harmlosen Lohnausstand handelte, sondern daß der Streik politischen Charakter trug. Tatsächlich war der Streik, bei dem die Eisenbahner die Vorgesetzten und die Kommunisten die eigentlichen Drahtzieher waren, gegen die Regierung und gegen den Fortbestand der gegenwärtigen staatlichen Ordnung gerichtet. Er bezweckte die Aufrichtung einer kommunistischen Sowjetrepublik nach bolschewistischem Muster, so ähnlich, wie vor Monaten in Ungarn. Damals war Ungarn unter Bela Kun bekanntlich ein Räuber- und Mörderstaat. Gott bewahre uns in Gnaden vor dem Unglücke, daß wir in Slowenien Ähnliches erleben würden. Es war also ein verbrecherischer Anschlag auf den Staat und die Bürgerschaft geplant: die Aufrichtung einer kommunistischen Republik mit Dr. Lemež, Zorga, Golouh und Petrič an der Spitze. Auch bei uns in Gottschee sollen, wie man hört, die „Regierungs“rollen unter die kommunistischen Räubersführer und deren Partisanen bereits planmäßig verteilt worden sein.

Der aufrührerische, staatsfeindliche Charakter der Streikbewegung trat auch in den Versamm-

lungen und Reden nur zu deutlich hervor, die bei uns in den nächsten Tagen unter freiem Himmel (Schulwiese) abgehalten wurden, und zw. schließlich gegen das ausdrückliche behördliche Verbot, das unter schwerer Strafanandrohung erlassen worden war. Mankehrte sich nicht an dieses Verbot, die kommunistischen Redner machten sich über dasselbe sogar lustig und verhöhnten es. In der kommunistischen Presse der Landeshauptstadt wurde großsprecherisch damit geprahlt, daß sozusagen die ganze Bevölkerung mit ihren Sympathien hinter den Streikenden stehe. In Wirklichkeit war das Gegenteil der Fall. Die Bürger, Bauern, Handelsleute, der Gewerbebestand und selbst ein nicht unansehnlicher Teil der Arbeiter taten nicht nur nicht mit, sondern verurteilten das staatsfeindliche Treiben. Dem Eisenbahnerstreik fehlte die Sympathie-Resonanz im Publikum. Als es am 24. April in Laibach zu dem beklagenswerten blutigen Zusammenstoße kam, bei welchem 13 Personen erschossen und 21 verwundet wurden — es waren dies die bedauernswerten Opfer kommunistischer Volksverhetzung —, da waren von den etwa 50.000 Einwohnern der Landeshauptstadt nur ungefähr 3000 Personen beteiligt, also kaum sechs Prozent der Bevölkerung. Und auch von diesen waren ohne Zweifel nicht sämtliche Kommunisten, sondern auch Mitläufer, Neugierige usw.

Am 27. April kam Militär nach Gottschee und damit nahm der Kommunistenstreik auch bei uns ein klägliches Ende. Die Räubersführer wurden sämtlich verhaftet und sehen ihrer gerichtlichen Verurteilung und Abstrafung entgegen. Der von den Kommunisten veranstaltete Streik, der staatsfeindlichen Charakter trug, ist im ganzen Staate mißlungen, die Kommunisten, die, wie sich in Subotica zeigte, auch vom Auslande geldliche und sonstige Unterstützung bekommen hatten, stehen nun abgebrüht und entmutigt da. Der festen Hand der Regierung und der Ablehnung der Streikenden seitens der breiten Volksmassen ist es zu verdanken, daß ein größeres Unglück, ein verhängnisvoller Umsturz verhütet wurde.

Und nun die Lehren, welche uns die letztvergangenen Wochen unheimlicher Aufregung hinterlassen haben? Wir waren ohne Zweifel dem Unheil nahe, das Bild kommunistischer Zukunft stand bereits grell vor unseren Augen. Das wird eine ernüchternde und reinigende Wirkung nach mehreren Seiten zur Folge haben. Man ist sich wieder einmal so recht deutlich bewußt geworden, welchen Wert die staatliche Ordnung und die Aufrechterhaltung der Autorität der staatlichen Behörden für die menschliche Gesellschaft besitzt. Brähe diese zusammen, so gäbe es keine Sicherheit und keinen Schutz mehr für Eigentum und Leben.

Hieraus ergibt sich für jeden einzelnen die ernste Pflicht, auch seinerseits und in seinem engeren Kreise das Seinige zur Aufrechterhaltung der Ordnung und öffentlichen Sicherheit beizutragen. Wer staats- und volkstreu gesinnt ist, darf in so schweren Zeiten nicht schlafen und stänkern, er darf sich aber auch nicht schlüchtern und ängstlich ins Mauselloch verkriechen, sondern muß seiner Ueberzeugung mutig und unerschrocken unverhohlenen Ausdruck geben. Wir hegen keinen Zweifel, daß nunmehr auch die rote Welle, die sich in den letzten Monaten unvermuteter- und unbegreiflicher-weise über unser flaches Land ergossen hat, rasch abflauen wird. Es werden jetzt so manchem die Augen aufgegangen sein, wie das kommunistische „Paradies“ in Wirklichkeit aussieht, das man Irregeleiteten vorzuarbete; man wird sich mit Schauder bewußt geworden sein, zu welchem unheilvollem Ende solche revolutionäre Bewegungen führen können. — Es steht ferner zu erwarten, daß auch in unseren Arbeiterkreisen eine gewisse Ernüchterung platzgreifen wird. Seit 1893, also durch 27 Jahre, steht unser Kohlenwerk bereits im Betriebe und niemals sind bisher solche Dinge vorgekommen, wie sie sich in den letztvergangenen Wochen ereigneten, wobei wir übrigens der Wahrheit gemäß feststellen, daß es zu Ausschreitungen tätlicher Natur nicht gekommen ist. Umso schlimmer aber waren die Ausschreitungen der Zunge. Die Arbeiterschaft des Kohlenwerkes hatte sich bisher stets ruhig und friedlich verhalten, es herrschte zwischen ihr und der Bürgerschaft unserer Stadt ein ungetrübbtes gutes Einvernehmen. Erst durch gewisse Intelligenzler und fremde Schürer und Hezer wurde der Geist der Auflehnung in ihre Kreise hineingetragen und wir wissen auch jetzt noch immer wohl zu unterscheiden zwischen dem ehrenwerten, ordnungsliebenden Arbeiter, den wir achten und schätzen, und den kommunistischen Hezern. Wenn nunmehr statt der Beisitzer und Aufwiegler wieder ruhige, besonnene Männer des Arbeiterstandes die Führung übernehmen, dann wird die Ruhe und Ordnung weiterhin aufrechterhalten bleiben.

*

In diesem Zusammenhange möchten wir auch noch über eine andere Angelegenheit ein Wort sprechen, die insofern in den Rahmen unseres heutigen Aufsatzes paßt, als es sich um eine Art von Gefinnungsbolschewismus handelt. Wir schicken voraus, das wir die letzten wären, die jemandem das Recht sachlicher und aufständiger Kritik etwa verkümmern möchten; in unseren unsicheren und gefährvollen Zeiten sollte aber alles vermieden werden, was die ohnehin so reichlich vorhandene Unzufriedenheit unnötigweise noch steigert und schürt. Es ist nun gewiß tief bedauerlich,

daß in den letztvergangenen Wochen in unserer Stadt sich ein Herd gebildet hat, von dem aus eine planmäßige, giftige Verhütung der Bevölkerung ausgeht gegen unseren hochverdienten Herrn Bürgermeister und gegen andere Männer, die dem Gemeinwohl ihre Kräfte widmen. Diese Hege wird in ganz würdeloser Weise im Revolverblatt-Tone betrieben. Wir haben zu diesem anwidrigen Treiben bisher geschwiegen, weil wir erwarteten, daß die Ein- und Umkehr endlich doch von selbst kommen werde. Dies ist aber leider nicht der Fall. Indem wir nun heute gegen diese unanständige, Gottschee in der Öffentlichkeit bloßstellende Zeitungshege schärfsten Protest erheben, tun wir dies in der vollen Überzeugung, daß wir uns im Einklänge befinden mit allen anständigen Kreisen unserer Stadt. Solange Gottschee besteht, hat es noch keinen Bürgermeister (Stadttrichter) gegeben, der so viel für das öffentliche Wohl gewirkt und geleistet hat wie unser allverehrter Herr Bürgermeister Soy. Zum Danke dafür erdreisten sich nunmehr Leute, die bisher für das Wohl unserer Gemeinde und unserer Heimat nichts, rein nichts geleistet haben, unseren Herrn Bürgermeister gewissermaßen zu ächten und zu verhöhnen. Ist das nicht empörend! Gottschee mußte sich in den Grund und Boden hinein schämen, wenn es gegen ein so widerwärtiges Treiben nicht schärfste Verwahrung einlegte. Edle Zwecke sind es sicherlich nicht, die damit verfolgt werden. Durch die Aufpeitschung der Gemüter gegen Autoritätspersonen der Gemeinde wird, bewußt oder unbewußt, das Wasser doch nur auf die kommunistische Mühle geleitet. Wir zweifeln daher keinen Augenblick, daß alles, was in Gottschee anständig denkt und fühlt, unserem Proteste voll und ganz beipflichten wird. —

Schließlich sei noch bemerkt, daß der Eisenbahnerstreik am 28. April so gut wie beendet war. Auf den Strecken der Staatsbahnen in Slowenien ist seit dem 28. April der gesamte Personen- und Frachtenverkehr wieder in demselben Umfange aufgenommen wie vor dem Streik. Auch die übrige Arbeiterschaft Sloweniens arbeitet überall, es streiken heute (29. April) nur mehr die Bergarbeiter. Auch ihr Streik wird wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen beendet werden.

Züchtet Schafe.

II.

Bevor wir Schafe züchten, müssen wir uns über die Zuchtart klar werden. Es gibt nämlich drei Hauptrassen von Schafen, und zwar die Woll-, Fleisch- und Milchschafe, und wir müssen uns fragen, welche der drei Rassen wir wählen sollen.

Für unsere Verhältnisse ist natürlich ein Schaf, welches reichliche und gute Wolle gibt und sich gleichzeitig durch Größe und Fleischansatz auszeichnet, das wünschenswerteste. Auf Milchergiebigkeit zu züchten, halten wir für nicht gut, da bisher der Gottscheer noch nirgends dem Käse- und Milchgeschäft Verständnis entgegengebracht hat. Unsere Parole muß deshalb lauten: „Wir wollen große, fleischansetzende Schafe mit viel und guter Wolle züchten oder mit anderen Worten, wir wollen in unseren Zuchtprodukten die Eigenschaften der Woll- und Fleischschafe vereinigt sehen.“

Diejenigen Schafe, welche wir gegenwärtig hier finden, gehören zum größten Teile dem Steinschaf (*ovis communis*), einer Rasse an, die erstens über die Mittelgröße nicht hinausgeht und die zweitens keine besonders gute Wolle hat, wie überhaupt das Steinschaf zu den minderwertigsten Schafassen gehört. Außerdem finden wir, wahrscheinlich aus dem Balkan importiert, das weiße oder schwarze Zedelschaf (*ovis strepsiceros*), welches sich sowohl durch eine reichere und feinere

Behaarung sowie durch ein größeres Lebendgewicht auszeichnet, und schließlich trifft man noch hier und da das in Kärnten oder Steiermark heimische Seeländerschaf oder Hängohrschaf (*ovis caotus*) an. Das Seeländerschaf stellt gewissermaßen dasjenige Schaf dar, welches wir züchten wollen, nämlich eine Kombination der Woll- und Fleischschafasse. Außer diesen drei Rassen gibt es noch Kreuzungen von diesen und es hat sich gezeigt, daß besonders das Seeländerschaf, mit dem Stein- oder Zedelschaf gekreuzt, ziemlich gute Zuchtprodukte gibt und sich diese Zufuhr von fremdem Blut nicht nur günstig auf die Wollbildung, sondern auch auf die Erzielung eines höheren Lebendgewichtes erweist.

In Erkenntnis dieser Tatsache hat auch die landwirtschaftliche Filiale in Gottschee einen Zuchtwidder der Seeländerrasse erworben, welcher Schafzüchtern gegen mäßige Decktage zur Verfügung steht. Die Filiale wird sich auch bemühen, Seeländerschafe oder andere gute Rassen, z. B. Merino, für jene Züchter, die diese bei sich einführen wollen, zu besorgen und sie nimmt auch diesbezügliche Anmeldungen entgegen. Diese Anmeldungen müssen schriftlich verfaßt sein und die ausdrückliche Erklärung enthalten, daß der Besteller außer dem Ankaufspreis, welcher wahrscheinlich nicht niedrig sein dürfte, die Transport- und anderen Auslagen trägt. Bevor die Schafe dem Käufer übergeben werden, wird sie ein Tierarzt besichtigen, jedoch lehnt die landwirtschaftliche Filiale jede weitere Verantwortung schon heute ab.

Aus Stadt und Land.

Gottschee. (An unsere P. T. Abnehmer!)

Die Monat für Monat beständig steigende Tendenz der Druckkosten und des Materials (Druckfarbe usw.), welche letztere gegen früher bereits mehrere Tausende Prozente ausmacht, sowie insbesondere die ganz enorme Wertenerung des Zeitungspapiers verursachen allen Zeitungsblättern gegenwärtig die größten Schwierigkeiten. Im Jahre 1914 bezahlte man für ein Kilogramm Notationspapier durchschnittlich 17 Heller, im März 1920 ist der Preis bereits bis auf 7 K gestiegen und das Ende der Preissteigerungen scheint noch immer nicht gekommen zu sein. Diese außerordentlichen Schwierigkeiten erschweren gegenwärtig allen Zeitungsunternehmungen ungemein die Existenz, ja stellen bei manchen derselben den Fortbestand in Frage. Es handelt sich bei manchem Zeitungsblatte bereits „um Leben und Sterben“.

— Auch die „Gottscheer Zeitung“ hat trotz der im Jänner 1920 vorgenommenen Erhöhung des Bezugspreises mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Um nun einerseits nicht abermals zu einer Erhöhung des Bezugspreises schreiten zu müssen und andererseits doch die Gesehungskosten den aus dem Abgabe des Blattes erzielten Einnahmen anzupassen, sehen wir uns leider gezwungen, den Umfang der „G. Ztg.“ zu reduzieren, so daß unser Blatt künftighin wahrscheinlich nur mit zwei Seiten erscheinen wird. Wir bitten unsere P. T. Abnehmer über diese Maßnahme nicht ungehalten zu sein, da wir es nicht riskieren können, daß unser heimliches Organ dem finanziellen Zusammenbruch zutreibt und insolge dessen in absehbarer Zeit zu bestehen aufhören müßte. In einer Zeit, wie die jetzige ist, bedarf ja unsere Heimat und unser Leserkreis mehr denn je eines Zeitungsblattes und man würde uns später mit Recht Vorwürfe machen, wenn wir nicht rechtzeitig Vorkehrungen getroffen hätten, um dem finanziellen Zusammenbruche vorzubeugen.

Die Verwaltung

der „Gottscheer Zeitung“.

— (Reaktivierung.) Herr Obergeometer Wilhelm Ritter v. Fürer wurde im jugoslawischen Staatsdienste reaktiviert, und zwar auf seinem Dienstposten in Gottschee.

— (Ernennung.) Herr Oberbezirksarzt Dr. Karl Böhm in Gottschee wurde in den Dienst des österreichischen Staates übernommen und in Böggstall (Niederösterreich) angestellt. Wie wir hören, gedenkt der Herr Oberbezirksarzt bereits im Laufe der nächsten Tage nach Niederösterreich zu übersiedeln.

— (Die Gottscheer in Jugoslawien und in Österreich.) Früher war in der Staatsangehörigkeit der Gottscheer kein Unterschied. Jetzt sind wir Gottscheer der Heimat von den Gottscheern in der Fremde nicht bloß räumlich, sondern auch staatlich getrennt. Unsere lieben Landsleute in Wien, Graz, Linz, Klagenfurt usw. sind Jugoslawien gegenüber Ausländer geworden. Im Herzen und im Gemüte landsmannschaftlicher Zusammengehörigkeit ist dadurch gegen früher selbstverständlich kein Unterschied eingetreten. Unsere auswärtigen Landsleute sind über die Verhältnisse in der Heimat gut unterrichtet und verstehen unsere Lage und unsere jetzigen Verhältnisse im allgemeinen richtig zu beurteilen. Sie billigen unsere politische Haltung. Allerdings kommen auch einzelne vor, die sich schwer in die neue Lage der alten Heimat hineinfinden können. Da und dort meint wohl vielleicht der eine oder der andere, die Gottscheer zu Hause sollten lieber die Pose eines trotigen Knaben annehmen, der zornig mit Händen und Füßen strampelt und mit dem Kopfe durch die Mauern rennen will! Aber das sind, wie gesagt, nur Ausnahmen. Ist es ja doch allbekannt, daß der Deutsche überall, wo er siedelt, sei es in der alten oder in der neuen Welt, in Ungarn, Rußland oder in den Vereinigten Staaten, ein Element zuverlässiger Staatsstreue, stammer Ordnung und Gesezlichkeit darstellt und daß die Gottscheer in der Heimat auch in dieser Beziehung die besten Eigenschaften des deutschen Volkstums nicht verleugnen. Wer richtig denkt, wird also den Gottscheern in der Heimat Gerechtigkeit widerfahren lassen.

— (Kriegsanleihe.) Die slowenischen Blätter setzen sich nunmehr ausnahmslos für die Einlösung der Kriegsanleihe ein. Bei uns herrscht vielfach die Besorgnis, daß die Kriegsanleihe infolge befürchteter Nichteinlösung ganz entwertet werden werde. Wir halten diese Besorgnis für unbegründet und glauben, daß die Kriegsanleihe, wenn auch wahrscheinlich unter Kürzung des Nominalbetrages und der Zinsen, eingelöst werden wird.

— (Aufhebung der Briefzensur.) Die militärische Zensur der Briefsendungen für das Ausland wird am 5. Mai l. J. aufgehoben. Von diesem Tage an wird also das Briefgeheimnis wieder in Geltung sein.

— (Die Ausfuhr von Vieh) ins Ausland ist von der Landesregierung für Slowenien verboten worden. Das gleiche Verbot hat auch die kroatische Landesregierung erlassen.

— (Annahme des österr.-ung. Nickelkleingeldes.) Aus Belgrad wird bekanntgegeben: Auf Grund der Ermächtigung der Ministerialverordnung Nr. 7218 vom 27. März l. J. ordne ich an, daß das österreichisch-ungarische Nickelkleingeld von 10 und 20 Hellern von allen öffentlichen Kassen sowie im Privatverkehr als Kleingeld von 10 und 20 Para anzunehmen ist. Gezeichnet: Der Finanzminister Dr. Janković. — Hiernach gilt also nunmehr eine 10 Heller-Nickelmünze 10 Para, d. i. 40 Heller (das Vierfache), eine 20 Heller-Nickelmünze 20 Para = 80 Heller.

— (Besetzung der Strecke Voitsch-Steinbrück-Spielfeld durch die Italiener?) Eine PS-Meldung aus Triest (22. April) besagt: In der Stadt hält sich hartnäckig das Gerücht, daß Italien die Eisenbahnstrecke Voitsch-Steinbrück-Spielfeld zu besetzen gedenkt, um so den Eisenbahnverkehr mit Deutschösterreich wieder herzustellen. Gegen Maßregeln verkehrten in der Richtung nach Voitsch mehrere Militärzüge. — Reisende, welche über die Demarkationslinie kommen, erzählen, daß in Voitsch und Umgebung eine Menge Militär sich befindet.

— (Standrecht.) Aus Belgrad wird gemeldet (26. April): Auf Vorschlag des Ministers des Innern hat der Ministerrat beschlossen, das Standrecht gegen Hochverrat und gegen Verbrechen gegen den Staat nach § 85 des Strafgesetzbuches anzuordnen.

— (Pastoralkonferenz.) Die diesjährige Frühjahrs-Pastoralkonferenz findet in Gottschee am 27. Mai statt.

— (Zur Ergebenheitsklärung der Gottscheer Gemeinden.) Bei der Versammlung, die Sonntag, den 25. April, auf der hiesigen Schulwiese abgehalten wurde, behauptete einer der kommunistischen Redner, die Abordnung aus Gottschee, welche die Erklärung der Staatsstreue gegenüber dem Herrn Landespräsidenten abgegeben habe, habe kein Recht gehabt, dies zu tun; man hätte früher sie, nämlich die kommunistischen Kreise, hierüber befragen und ihre Gestattung einholen

müssen. Eine ganz unglaubliche Zumutung und völlige Verkennung der Sachlage. Die Gottscheer Abordnung war vollkommen berechtigt, die besagte Erklärung im Namen aller jener zahlreichen Landesgenossen abzugeben, welche diese Erklärung unterzeichnet haben. Darüber kann doch nicht der geringste Zweifel herrschen. Was die Treue gegenüber dem Staate anbelangt, so ist dies ebenfalls eine ganz selbstverständliche Pflicht eines jeden Staatsbürgers. Selbst in einem sozialistischen Staate wird von den Staatsbürgern diese Treue verlangt. Der rednerische Ausfall auf die Gottscheer Abordnung war also ganz und gar ungerechtfertigt und unangebracht. Es sei schließlich bemerkt, daß dieser Anlaß auch benützt wurde, um der Regierung die berechtigten Wünsche und Forderungen der Gottscheer in einer Denkschrift bekanntzugeben. Es wurde insbesondere verlangt, daß wir Gottscheer nicht als Staatsbürger minderen Grades, sondern als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt werden. In den nächsten Nummern unseres Blattes werden wir den wesentlichen Inhalt dieser Denkschrift veröffentlichen.

— (Streik und Teuerung.) Der Eisenbahnerstreik hatte, wie man nun bestimmt weiß, einen politischen Charakter. Es wurde behauptet, daß er auch eine Demonstration gegen die herrschende große Teuerung war. Der Streik war jedenfalls das ungeeignetste Mittel, die Teuerung zu beheben. Durch den Streik wurde nämlich die Zufuhr von Lebensmitteln, vor allem die Zufuhr von Getreide und Mehl aus der Banatska und dem Banate, verhindert. Infolgedessen stiegen die Preise noch mehr, da die Nachfrage immer größer wurde und die in Slowenien vorhandenen Vorräte immer mehr zusammenschmpfen.

— (Streik und Republik.) In einem Laibacher Blatte lesen wir, die staatsstreue Bevölkerung von Gottschee sei der Regierung dankbar für ihr energisches Auftreten gegen den Kommunismus, aber jene Gottscheer, die den Kommunismus geneigt sind und von einer Gottscheer Republik träumen, seien nunmehr betrübt und niedergeschlagen. Daß die staatsstreue Bevölkerung Gottschees die kraftvolle Unterdrückung und Beseitigung des kommunistischen Terrors mit dankbarer Genugtuung begrüßt, ist richtig. Aber daß es in Gottschee jetzt noch Leute geben soll, die von einer „Gottscheer“ Republik träumen, ist nicht glaublich. Es wurden bei den Arbeiterumzügen allerdings Zivio-Rufe laut auf die Republik (Lenin, Trozki), aber damit war nicht die Gottscheer Republik gemeint, sondern die allgemeine jugoslawische Sowjetrepublik.

— (Was ist Kommunismus?) Eine gute Antwort auf diese Frage gab kürzlich ein vernünftig denkender Arbeiter des Kohlenwerkes in Gottschee. Er sagte, der Kommunismus ist eine Staatseinrichtung, bei der die Faulen und Nichtsnutzigen auf Kosten der Fleißigen und Arbeitsamen bequem leben möchten. Der Fleißige soll arbeiten, damit ein paar Faulenzer neben ihm seinen Fleiß ausbeuten können. Man klagte bisher immer über die Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital. Im Kommunistenstaate würden die Tätigen und Strebsamen alle Ursache haben, über die Ausbeutung durch die Trägen und Faulen zu klagen.

— (Die Valuta, d. h. Wert unseres Geldes.) Ein Hamburger Bankier hat kürzlich gesagt, vor dem Kriege hätten viele Leute Valuta für einen schönen Mädchennamen gehalten. Die Valuta hat ganz entschieden etwas von einem Mädchen an sich: nachdem sie einmal gefallen ist, sinkt sie immer tiefer. — Hoffentlich gelingt es bald, die liebe Valuta aus diesem Tiefstand emporzuheben.

— (Freiheit und Paradies.) Ein tschechisches kirchenfeindliches Blatt hat kürzlich feufzend ausgerufen: „Tausend Jahre Absolutismus (Fürsten und Adels Herrschaft) haben das Land nicht so geschädigt wie ein Jahr Sozialdemokratie!“ Dann schreibt die Zeitung weiter: „Ist es verwunderlich, wenn jetzt der Witz viel Anklang findet: Ein Lehrer fragt einen seiner Schüler, was Revolution eigentlich heiße. Der kleine Moritz hebt die Hand empor und sagt: Revolution heißt Stehlen! Ja, gewiß war für Tausende die Revolution nichts anderes als die schönste und bequemste Gelegenheit zum Stehlen, Rauben, Betrügen und Wuchern.“

— (Vom Wilson.) Diesen seinerzeitigen Kenner der Welt schildert der englische Schriftsteller R. E. Drexelle folgendermaßen: „Vor uns steht der starre, unerbittliche Puritaner (Anhänger einer englisch-religiösen, und zwar protestantischen

Partei), der Pharisäer, hier entsetzlich kleinlich, dort mit weitestem Gewissen, der Pädagog mit salbungsvollen Sprüchen, an die niemand glaubt, mit Strafordrohungen, die er am liebsten anderen überläßt. Geistig unbedeutend und beschränkt ist er auch im politischen Denken ein amerikanischer Schulmeister und Nützlichkeitstreiber, ein enger Kopf und demagogischer Schwärmer.“

(„Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe.“) Die Entente, besonders England, erklärten, die kleinen Völker befreien zu wollen, und riefen laut in die Welt hinaus, daß jedes Volk das Recht habe, sich selbst zu regieren. Als die Iren davon Gebrauch machen wollten, hat man sie eingesperrt. Es gibt viel Komödie im politischen Leben!

— (Über die neue Sommerzeit), die vom 10. April bis 30. September dauert, schreibt der „Domoljub“ in seiner Nummer 15 vom 14. April wörtlich folgendes: „Wir gaben uns der Hoffnung hin, daß diese Dummheit in Jugoslawien nicht Eingang finden werde, doch der Minister für Sozialpolitik meinte, jede Dummheit der westeuropäischen Staaten nachahmen zu müssen.“

— (Maximalpreise für Kaminfegearbeiten.) Da in den letztvergangenen Monaten die Forderungen der Kaminfege bezüglich Erhöhung der Tarife für Kaminfegearbeiten ins Ungemessene stiegen (um 600% mehr als früher), sah sich das Stadtgemeindefeueramt Gottschee veranlaßt, in dieser Angelegenheit bei der Behörde Schritte zu tun. Nachdem ähnliche Erscheinungen auch in den übrigen Gegenden Sloweniens zu Tage traten, hat nunmehr das Ministerium für Handel und Industrie, Abteilung Laibach, im Sinne des § 51 der Gewerbeordnung für die Zeit ab 1. Juli 1919 folgende Maximalpreise für Kaminfegearbeiten im Wirkungsbereich der Landesregierung für Slowenien festgesetzt: Für einmaliges Rehren: 1.) einer offenen Küchen-Feuerstätte K 250; 2.) eines gewöhnlichen Kamines (in den der Kaminfege hinaufklettern muß) a) im Erdgeschosse K 150, b) für jedes Stockwerk mehr 50 h; 3.) eines russischen oder zylindrischen Kamines a) im Erdgeschosse K 1, b) für jedes weitere Stockwerk mehr 50 h; 4.) Sparherde mit einem Kessel und einer Bratröhre (einschließlich Rohr bis 1 m Länge) K 150; 5.) eines Sparherdes mit einem Kessel und 2 Bratröhren (einschl. Rohr bis 1 m Länge) K 2; 6.) eines Sparherdes in größeren Gasthäusern, Hotels, Anstalten, Kaffeehäusern usw. (einschl. Rohr bis 1 m Länge) K 6; 7.) eines kleinen Ofens (einschl. Rohr bis 1 m Länge) K 1; 8.) eines mittelgroßen eisernen Ofens (einschl. Rohr) K 2; 9.) eines großen eisernen Ofens (einschl. Rohr) K 3; 10.) eines ansehnlich großen eisernen Ofens (einschl. Rohr) K 4; 11.) eines gewöhnlichen Kachelofens oder schwedischen Ofens K 6—7; 12.) eines großen Kachelofens oder schwed. Ofens K 10; 13.) eines kleinen Apparates für Zentralheizung K 20; 14.) eines mittelgroßen Apparates für Zentralheizung K 20; 15.) eines großen Apparates für Zentralheizung K 30; 16.) eines Rohres für jedes Meter 50 h. Für einmaliges Anzünden: 17.) eines Kriechkamines K 10; 18.) eines russ. oder zylindrischen Kamines K 5; 19.) von Röhren K 5. Für einmaliges Rehren: 20.) eines kleinen Kessels in einzelstehenden Häusern K 1; 21.) eines mittelgroßen Kessels in einzelstehenden Häusern K 2; 22.) eines großen Kessels in einzelstehenden Häusern K 3; 23.) eines Kriechkamines in Bäckereien (alle 14 Tage) K 4; 24.) eines russischen Kriechkamines in Bäckereien K 3; 25.) eines Kessels in Bierbrauereien K 30; 26.) eines großen Kessels einer Fabrik K 40; 27.) eines großen Kessels einer Bierbrauerei K 60; 28.) für Befestigung und Rehren neuer Schornsteine K 5. Für einmaliges Rehren 29.) eines kleinen Kanals in Bierbrauereien K 20; 30.) eines großen Kanals in Bierbrauereien K 40. Für einmaliges Rehren 31.) eines Fabrikkamines bis zur Höhe von 20 m K 30, bis zur Höhe von 30 m K 40, bis zur Höhe von 40 m K 50. Für einmaliges Rehren 32.) eines Heizrohres bei einem Dampfkessel gewöhnlicher Größe bis 40 m K 20, bis 60 m K 30, bis 100 m K 40; 33.) zur Nachtzeit vom April bis September und zwar von 20 bis 5 Uhr, und von Oktober bis Ende März von 18 bis 6 Uhr werden obige Preise verdoppelt. — Da fortwährend Klagen einlaufen, daß besonders die ländliche Bevölkerung die Kaminfegearbeiten selbst verrichtet, wird von der Bezirkshauptmannschaft darauf aufmerksam gemacht, daß die Gemeinden solche Unzukömmlichkeiten abstellen und dafür sorgen sollen, daß die Kaminfegearbeiten nur von den Kaminfege-

verrichtet werden, und zwar im Sinne der diesbezüglichen polizeilichen Vorschriften.

— (Einklösung der 5-prozentigen Staatsbons.) Aus Belgrad wird gemeldet: Da für den größten Teil der 5-prozentigen Staatsbons die Einklösungsfrist anfangs Mai l. J. abläuft, werden bei der Staatsschuldbankdirektion Instruktionen vorbereitet, auf Grund derer die Finanzämter diese Bons auszahlen werden. Es wird behauptet, daß die Bons mit Ablauf der Frist ausbezahlt werden und daß niemand gezwungen wird, die Bons prolongieren zu lassen, wie dies übrigens auch anlässlich der Auszahlung nach Ablauf der ersten sechs Monate getan wurde.

— (Eine Ausfuhrstatistik.) Das Handels- und Industrieministerium beabsichtigt eine Statistik unserer Ausfuhr aufzustellen. Schon wiederholt wurde von Seiten unserer Wirtschaftsorganisationen darauf aufmerksam gemacht, daß wir für die Beurteilung unserer wirtschaftlichen Lage und demzufolge auch für die Orientierung unserer Wirtschaftspolitik keinerlei statistische Daten besitzen. Es wäre nötig, daß die zuständigen Ministerien eine allgemeine Wirtschaftsstatistik möglichst bald herstellen würden. Denn ohne eine genaue Statistik ist keine oder mindestens keine gute Wirtschaftspolitik möglich.

— (Der Bolschewismus und der Friedensschluß mit Rußland.) Wie eine furchtbare Sphing steht der Bolschewismus im Osten. Der bolschewistische Schrecken, die Angst vor dem unbestimmten Etwas, das von Osten her kommt und die ganze Welt erobern will, steckt aller Welt in den Gliedern und macht alle anderen Staaten nervös. Und nun das Friedensangebot des bolschewistischen Rußlands an Polen. Wie wird sich die Frage gestalten? „Slovenec“ schreibt: Die künftigen Monate werden zeigen, ob es einer bürgerlichen Regierung möglich sein wird, mit der Sowjetregierung Frieden zu schließen. Es scheint, daß der Friede möglich ist, aber ebenso ist es möglich, daß dieser Friede nur auf dem Papier bleiben wird, denn die Bolschewiken können hundertmal unterschreiben, daß sie sich in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten nicht einmischen werden, sie werden aber ihr Wort nicht halten können. Der Wesenszug des Bolschewismus ist die Weltrevolution, das Wesen des Bolschewismus ist sein innerer Drang, alles auf der Welt zu vernichten, was auf kapitalistischem Egoismus aufgebaut ist. Wenn der Bolschewismus mit der Unterschrift unter die Friedensbedingungen diesem seinen inneren Drange entsagt, wird er auch bei sich zu Hause die kommunistisch-sozialistischen Reformen abschwächen und sich so allmählich umhüllen müssen in ein System der bisherigen sozialen oder sozialistischen Bewegung. Dieser Entwicklung aber widerstreben schnurstracks Lenin und Trozki auf Leben und Tod. Sie haben aufs neue erklärt, daß sie mit ihren Ideen lieber untergehen wollen, als daß sie die bolschewistische Bewegung in ein solches Fahrwasser leiten wollten.

— (Wie das moderne Deutschland seine nationalen Minderheiten schützt), ist aus der Zeitschrift des allgemeinen Deutschen Sprachvereines vom 2. Februar 1920 zu ersehen. Der Bericht lautet: „Wie die Kaffuben und Polen sich der Fürsorge des preussischen Kultusministeriums erfreuen, ist bereits erwähnt worden. Mit gleicher Liebe hegt die sächsische Regierung das Wendentum. In Baugen soll von nun ab die wendische Sprache in allen Klassen der Volksschulen regelmäßig innerhalb des Lehrplanes gelehrt werden. Die nötigen wendischen Schulbücher sollen dazu schnell ausgearbeitet werden. Die Vorschriften für den Sprachunterricht sind den Vertretern der wendischen Lehrerschaft bereits überreicht worden.“

— (Die Italiener in Südtirol und Kärnten.) Wie wir hören, behandeln die Italiener die deutschen Minderheiten in Tirol und im Kanaltale (Kärnten) sehr gut. Sie ließen das deutsche Schulwesen vollständig unberührt und entließen nicht nur die deutschen Intelligenzler nicht, sondern berufen die in diesen Gebieten bodenständigen deutschen Beamten aller Kategorien in den Heimatsdienst. Für das Duzend deutscher Schulen im Kanaltale werden sie demnächst ein eigenes Inspektorat errichten, an dessen Spitze ein deutscher Lehrer treten wird. Überhaupt tun sie alles, um die nationale Minderheit zufriedenzustellen und zu gewinnen.

— (Die Regelung des Ausfuhrhandels.) Wie „Zut. List“ aus Belgrad (21. April) erzählt, wird die Regierung in den nächsten Tagen eine Verordnung über die Regelung unseres Ausfuhrhandels erlassen. Die Hauptbestimmungen

dieser Verordnung sind folgende: Im Innern ist der Handelsverkehr vollkommen frei. Der Volksernährungsminister trifft im Einvernehmen mit dem Handelsminister die zur Bekämpfung der Teuerung nötigen Maßnahmen. Die Ausfuhr ins Ausland ist vollkommen frei, ausgenommen folgende Artikel: Weizen, Gerste, Roggen, Hafer, Mais, Bohnen und Mahlprodukte (ausgenommen Mele und alle Arten von Teigwaren), Groß- und Kleinvieh, Schweine, lebende und geschlachtete, Fette, Zucker, Wolle, Hanf, Flachs und deren Produkte, Kohle, Mineralöl und andere Produkte. Die Ausfuhr der hier aufgezählten Artikel wird, inwiefern ein Überfluß an ihnen besteht, auf Vorschlag des Volksernährungsministers und nach Einvernahme des Wirtschaftsrates vom Handelsminister, aber nur im Wege der zu errichtenden Organisation, gestattet werden. Die Ausfuhr darf nur für gesunde Valuta stattfinden und nach Zahlung der vorgeschriebenen Zölle. Der Finanz-, Handels- und Volksernährungsminister werden aufgefordert, eine Handelsorganisation unter dem Namen „Zentralgenossenschaft für die Förderung der Ausfuhr“ ins Leben zu rufen. Das Unternehmen wird mit einem Kapitale von 30 Millionen Dinars arbeiten, dessen Hälfte sofort eingezahlt werden muß. Die Zentralgenossenschaft wird unter Kontrolle des Handelsministers folgende Geschäfte erledigen: für die Ernährung des Heeres und der passiven Gegenden Sorge tragen, sämtliche Anschaffungen für den Staat und die einzelnen Ministerien besorgen, den Überfluß der oben erwähnten Artikel ins Ausland ausführen. Der Staat wird sich an diesem Unternehmen mit der Hälfte des Aktienkapitals beteiligen. Außer dem Staate können sich beteiligen: Die landwirtschaftlichen Genossenschaften und deren Verbände, Konsumvereine und einzelne Firmen, welche sich mit dem Ausfuhrhandel befassen, und Unternehmungen, die ihre Produkte selbst exportieren (Mühlen, Schlachthäuser usw.). Vom Reingewinn erhalten 8 Prozent die Aktionäre als Dividende, 8 Prozent gehören dem Reservefond, während die Hälfte des Restes der Staat erhält, die andere Hälfte für allgemein nützliche Zwecke verwendet wird. Die Verordnung soll sofort in Kraft treten.

— (Die beabsichtigte Massakrierung.) In der sozialdemokratischen Presse wird der glücklicherweise mißlungene Versuch der Veranstaltung einer kommunistischen Revolution nachträglich als eine harmlose Sache dargestellt; es habe sich nur um eine bloße Demonstration gehandelt. Das glauben auch bei uns manche, aber mit Unrecht. Hören wir, wie der Kommunistenführer Topalovic in Subotica kurz vor dem Ausbruche des dortigen von Auslande (Ungarn) mit Geld usw. unterstützten kommunistischen Aufstandes sich äußerte. Er sagte: „Im Bürgerkriege, der so entstehen würde, würde unsere Zukunft liegen. Das Volk würde zwar massakriert werden, aber der Kommunismus würde siegen.“ Nehmen wir an, in Laibach oder Gottschie hätten die Kommunisten auch nur für ein paar Tage die Herrschaft an sich gerissen, so wäre es zweifellos auch bei uns zu blutigen Massakrierungen, Plünderung der Geschäfte usw. gekommen. Eigentum und Leben wären vogelfrei geworden. Danken wir also Gott, daß ein so furchtbares Unglück verhindert worden ist.

— (Der erste Schritt zur künftigen jüdischen Weltherrschaft.) Im „Neuen Reich“ lesen wir: Die angesehenste und empfehlenswerte Pariser Zeitschrift „La Documentation catholique“ veröffentlicht in ihrer Nr. 57 vom 6. März 1920 einen offiziellen amerikanischen Bericht über die russische Revolution, dessen Authentizität verbürgt wird. Darnach interessierten schon im Frühjahr 1916 sich die Juden Jakob Schiff und Max Breitung sowie das „Haus“ Kuhn, Voeb und Cie. für die Revolution. Ein Jahr später brach das Barenreich zusammen. Die amerikanischen „Beobachter“ wußten davon! Im Frühjahr 1917 trat Schiff mit dem Juden Trozki-Bronstein in ein „Kommanditverhältnis“. In

ähnlicher Weise koalitierten sich die jüdischen Multimillionäre und die jüdischen Proletarier in Schweden und in Deutschland. Der Bericht nennt Namen und Firmen. Die Revolution gelang. Jakob Schiff rühmte sich öffentlich seiner Autorschaft. Ehe das Volk sich dessen versah, saßen in den Sowjets der Revolution überall die Juden. Der Bericht zählt beispielsweise 30 Führer auf mit ihrem russischen „Nom de guerre“ und ihrem jüdischen Stammmamen, zum Beispiel Trozki-Bronstein, Janowieff-Apfelbaum, Ramenoff-Rosenfeld, Bogdanoff-Silberstein, Kattalowsky-Rosenblum usw. Zu den Vertrauten des Schiff gehörte auch ein Rabbi Judas Magnez, ein Prophet des Judentums, wie seine Freunde behaupteten, einer der ersten „Bolschewiki“ auf amerikanischem Boden, zugleich aber auch Führer des weiß-blauen Zionismus. Des Rabbis Ideal ist die jüdische Weltherrschaft, ein Ideal, das jüdische Kapitalisten und jüdische Kommunisten eint. Interessant ist die Feststellung des Berichtes, daß die Firma Kuhn, Voeb und Cie., als deren Direktor Jakob Schiff fungierte, in Verbindung stand und steht mit dem „Westfälisch-rheinischen Syndikat“ in Deutschland, mit den Gebr. Lazare in Paris, mit der Bank Günsburg in Petersburg-Tokio-Paris, mit der Firma Speyer und Cie. in London-Newyork-Frankfurt und mit den „Nya-Banken“ in Stockholm. Alle diese Institute „interessieren“ sich für den Bolschewismus! Es wird auch im Bericht hervorgehoben, wie bereits amerikanische und französische jüdische Kapitalisten mit den Bolschewisten verhandeln wegen Übernahme russischer Güter, die früher dem russischen Hof, Adel und der Kirche gehörten. Kein Wunder, daß die „Documentation catholique“, die übrigens die „Geheimnisse der Weisen von Zion“ (deutsche Übersetzung von zur Veit Verlag „Auf Vorposten“, Charlottenburg) auch schon kennt und zitiert, ausruft: „Aus der Asche der deutschen Autokratie erhebt eine neue Weltmacht ihr Haupt, der jüdische Imperialismus, dessen Ziel und Zweck die jüdische Weltherrschaft ist.“ Überall hatten sich die Juden vom Waffendienste gedrückt, um schließlich nach Erschöpfung der Christenvölker in Deutschland und Österreich-Ungarn Judenrepubliken zu konstituieren. Das sei der erste Schritt zur künftigen jüdischen Weltherrschaft.

— (Was der Weltkrieg kostete.) Die Pariser „Humanité“ schreibt: Die „Stiftung Carnegie für den internationalen Frieden“ hat soeben in Washington eine Gesamtaufstellung über die durch den Weltkrieg verursachten direkten und indirekten Verluste veröffentlicht. Die Verluste beziffern sich auf: 12,990.571 Tote und 331.612,542.560 Dollars Ausgaben! Die Ausgaben der in den Krieg verwickelten Länder betragen 186 Milliarden Doll., die indirekten 151.612,542.560 Doll. In letzterer Summe ist der den Neutralen verursachte Schaden enthalten (bewertet mit 1.750.000.000 Dollar). Sie schließt desgleichen den auf 45 Milliarden geschätzten Produktionsausfall und die im Verlaufe der Feindseligkeiten gewährten Unterstützung in sich. Das Leben der Mitkämpfer hat auch seinen Wert. Dieser Wert ist in den indirekten Ausgaben einbezogen und wird mit 33.431,266.280 Dollar angegeben. Der Eigentumschaden zu Lande ist mit 29.960.000.000, der zu Wasser (Schiffe nebst Ladung) mit 6.800.008 Dollar veranschlagt. Der Bericht ist von Ernest L. Bogart, Professor der politischen Ökonomie an der Universität Illinois, verfaßt. Die Zahl der erkannten Toten beläuft sich auf 9,998.771; die Zahl der (angeblich gefallenen) Vermissten auf 2,991.900! Außerdem sind der Verlustliste hinzuzufügen die auf Krankheiten, Epidemien, Entbehrungen, Armut und körperliche Erschöpfung zurückzuführenden Ausfälle von Menschenwerten.

— (Von unseren Kriegsgefangenen in Sibirien.) Das internationale Rote Kreuz-Komitee in Genf teilt mit: Der Chef der Mission des internationalen Roten Kreuzes in Sibirien, Dr. Montandon, wurde offiziell verständigt, daß

die japanische Regierung und die Regierung der Semstwo von Ostsibirien die Erlaubnis zur sofortigen Heimsendung aller österreichischen und ungarischen Kriegsgefangenen erteilt, die sich in russischen und japanischen Lagern der Ostengebiete befinden. Die Zahl dieser Gefangenen wird auf 10.000 geschätzt. Ihre Abreise kann beginnen, sobald die finanziellen Mittel für den Transport gefunden sind.

— (Anbahnung von Geschäftsverbindungen.) Die „Reichspost“ schreibt: Die Berufsgenossenschaft der Schlosser in Wien entsandte vor einiger Zeit eine Abordnung nach Jugoslawien, um mit den dortigen Kaufleuten in Verbindung zu treten und so dem Wiener Schlossergewerbe Absatzmöglichkeiten zu bieten. Es gelang den Vertretern, zahlreiche Bestellungen abzuschließen und auch sehr viele Aufträge durchzuführen.

Verantwortlicher Schriftleiter C. Erker. — Herausgeber und Redakteur Josef Spisch. Buchdruckerei Josef Basilek in Gottschie.

Verein der Deutschen aus Gottschie in Wien.

Sitz: 1., Himmelpfortgasse Nr. 3

wohin alle Zuschriften zu richten sind und Landsleute ihren Beitritt anmelden können.

Zusammenkunft jeden Donnerstag, Familienabend jeden ersten Sonntag im Monate im Vereinsheime Paul Deierls Gastwirtschaft, 1., Wabenergerstraße Nr. 6a.

Zu verkaufen

ein brauner Fellsack mit Fuchsjell gefüttert, Kragen Wildkage, zwei ungegerbte Kesselle, 3-3 ein Paar gelbe Saloschen Nr. 42. Auskunft erteilt Karl Erker in Gottschie Nr. 69.

Ein schöner

Obst- und Gemüsegarten

in der Stadt Gottschie, ungefähr 3.500 m² Flächenmaß, reichtragende Obstbäume, ist preiswert zu verpachten. Anfragen im Allgem. Einkaufsverein.

Sparkasse der Stadt Gottschie.

Ausweis

für den Monat März 1920.

Einlagen:

Stand Ende Feber 1920	K 12,212.018-22
Eingelegt von 325 Parteien	„ 1,231.578-93
Behoben von 467 Parteien	„ 602.284-23
Stand Ende März 1920	„ 12,841.312-92
Allgem. Reservefond Stand Ende 1918	„ 699.456-99

Hypothekar-Darlehen:

zugezählt wurden	„ —
rückgezahlt	„ 59.136-38
Stand Ende März 1920	„ 2,125.275-39

Wechsel-Darlehen:

Stand Ende März 1920	„ 447.020—
----------------------	------------

Zinsfuß:

für Einlagen 3 1/2 % ohne Abzug der Rentenst., für Hypotheken 5 %, für Darlehen an Gemeinden u. Korpor. 4 1/2 %, für Wechsel 6 %.

Gottschie, am 30. März 1920.

Die Direktion.

Sparkasse der Stadt Gottschie

Das Amtsklokal der Sparkasse der Stadt Gottschie befindet sich im Schloßgebäude am Auerspergplatz.

Amtstage jeden Montag und Donnerstag von 8 bis 11 Uhr und an allen Jahrmärkten von 9 bis 11 Uhr vormittags.

Einlagenstand Ende Dezember 1918: K 11,272.732-27.
Zinsfuß für Einlagen (ohne Abzug der Rentensteuer) 3 1/2 %.
Zinsfuß für Hypotheken 4 1/2 %.